Stadt Dessau-Roßlau

10.03.2022

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 02.02.2022

Sitzungsbeginn: **16:00 Uhr**
Sitzungsende: **18:06 Uhr**
Sitzungsort: **Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2, 06862 Dessau-Roßlau**

Teilnehmer/-innen: **siehe Anwesenheitsliste**

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 37 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Vereidigung des Stadtrates Christoph Kaßner

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** nimmt Herrn Christoph Kaßner gemäß § 53, Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes folgende Verpflichtungserklärung ab:

„Ich gelobe Treu der Verfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern."

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** korrigiert die Anwesenheitszahl auf 38 anwesende stimmberechtigte Mitglieder.

3 Verleihung des Titels - Ehrenstadtwehrleiter - an Herrn Olaf Braun

Nach der Begrüßung von Herrn Olaf Braun durch den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Rumpf, hält **Herr Oberbürgermeister, Herr Dr. Reck,** eine Laudatio, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist.

Im Anschluss wird Herrn Braun die Ehrenurkunde überreicht. Er trägt sich in das Ehrenbuch der Stadt Dessau-Roßlau ein.

Herr Braun bedankt sich für diese außerordentliche Ehrung, die auch auf die Freiwilligen Feuerwehren abstrahlt. Er spricht insbesondere den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren für die geleistete Arbeit seinen Dank aus, da nur mit deren Mithilfe diese Funktion entsprechend ausgeführt werden konnte.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, verweist im Zusammenhang mit dem beschlossenen Hygienekonzept auf das Tragen eines medizinischen Mund- und Nasenschutzes während der gesamten Sitzung. Ausgenommen hiervon sind Redner, der Stadtratsvorsitzende und Herr Stadtrat Geiger.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, und Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, zur Sitzung (40).

4 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes verlässt Herr Kellner, CDU-Fraktion, den Sitzungsraum (39).

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt bekannt, dass die im Tagesordnungspunkt 9.8 eingeordnete Beschlussvorlage (FV/018/2021/StR) auf Antrag der Einreicher von der Tagesordnung genommen und zur nächsten Sitzung neu eingereicht wird.

Herr Pätzold erklärt, dass die **Fraktion Die Linke** ebenfalls Einreicher der Beschlussvorlage ist. Mit dieser Verfahrensweise sind sie jedoch nicht einverstanden.

Die Fraktionen SPD, Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste und die CDU haben signalisiert, dass die Beschlussvorlage von der Tagesordnung genommen werden soll, erwidert der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf.** Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich zurückgezogen und ist deshalb nicht mehr Bestandteil der Tagesordnung. Die Frage an die Fraktion Die Linke bezüglich einer Antragstellung wird verneint.

Die **geänderte Tagesordnung** (ohne den Tagesordnungspunkt 9.8) wird **beschlossen** (37:01:01).

5 Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.2021

Die Niederschrift wird genehmigt (38:00:01).

6 Berichte des Oberbürgermeisters

6.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert in Anbetracht der pandemischen Lage nur über das Ende der Bewerbungsfrist für die Beigeordnetenpositionen. Insgesamt sind 42 Bewerbungen von 39 unterschiedlichen Personen eingegangen. Es gibt 11 Bewerbungen für das Digitalisierungsdezernat, 10 Bewerbungen für das Baudezernat, 13 Bewerbungen für das Sozialdezernat und 08 Bewerbungen für das Dezernat Bürgerdienste.

6.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die in der Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

Versetzung in den Ruhestand der Bürgermeisterin und Beigeordneten für Finanzen

Verleihung der "Fritz-Hesse-Medaille" der Stadt Dessau-Roßlau

Verleihung der Ehrenbezeichnung "Ehren-Stadtwehrleiter" an den Kameraden Olaf Braun

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Mrosek, Fraktion AfD, zur Sitzung (40).

6.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass im zurückliegenden Zeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

7 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, informiert über das Vorliegen zweier Anfragen von Frau Seymer. Da diese nicht anwesend ist, werden die Fragen und Antworten auf der Internetseite der Stadt eingestellt.

Herr Etterer bezieht sich auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke zur Positionierung der Fraktionen hinsichtlich der steigenden Teilnehmerzahlen an den Montagsdemonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. Die Bürger verlieren über lange Sicht das Vertrauen in die Politik. Seit einem Jahr steigen die Teilnehmerzahlen in ganz Deutschland. Der Stadtrat hätte diesbezüglich längst Stellung nehmen müssen, aber es findet ein Totschweigen statt. Er stellt die Frage, warum der Stadtrat in dieser sensiblen Lage zu den Montagsdemonstrationen hier in Dessau keine Stellung nimmt.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, legt dar, dass die Bürger, die an den Montagsdemonstrationen teilnehmen und diese organisieren, normale Menschen sind, die nicht gegen das Impfen sind und auch nichts gegen Ungeimpfte haben. Es geht um die Gleichberechtigung und die Impfpflicht, die auch seine Fraktion ablehnt. Impfen muss freiwillig bleiben und kann nicht durch Zwang erwirkt werden. Deshalb steht die Fraktion hinter den Montagsdemonstrationen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** merkte an, dass in einer Demokratie jeder das Recht auf Meinungsäußerung hat. Solange es kein Verbot gibt, darf das auch auf der Straße ausgeführt werden.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** stellt vor der Wortübergabe Herrn S. B. die Frage, ob er ihn aus Achtung und Anstand mit Herr Behrendt ansprechen kann, was dieser jedoch ablehnt.

Herr S. B. dankt der Verwaltung für das zügige Weiterleiten von Bürgeranfragen an den Stadtrat. Jedoch sind die Antworten des Stadtrates bis heute nicht eingetroffen und stehen seit mehr als einem Jahr aus. Laut eigenem Beschluss beträgt die Antwortzeit sechs Wochen. Kein Stadtrat ist gewillt, die eigenen Beschlüsse umzusetzen, weshalb dieser Beschluss wertlos ist. Es wird auch gegen den § 19 der Landesverfassung Sachsen-Anhalt verstoßen, was verfassungswidrig ist. Er fragt, wann er eine Antwort erhält.

Auf die Antwort des **Stadtratsvorsitzenden, Herrn Rumpf,** dass der Stadtrat sich nach dem Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt richtig verhält, zitiert Herr S. B. die Verpflichtungserklärung der Stadträte und stellt die Frage, wie das im Einklang mit den zu beantwortenden Bürgeranfragen steht.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, macht deutlich, dass Herr S. B. hier seine persönlichen Ansichten vertritt.

Herr S. B. fragt weiterhin, wie die erneuten Verstöße gegen die Einhaltung der Nichtöffentlichkeit erklärt werden und welche Konsequenzen es geben wird. Begründend legt er dar, dass er in der Septembersitzung des Stadtrates die Verstöße gegen die Einhaltung der Nichtöffentlichkeit im Bauausschuss gerügt hat. Auch hier steht die Antwort des Stadtrates aus. Es kann nicht sein, dass in der Mitteldeutschen Zeitung steht, dass die Studie im nichtöffentlichen Teil vorgestellt wurde. Scheinbar liegt der MZ das nichtöffentliche Protokoll vor, weshalb sich die Frage stellt, von wem die Mitteldeutsche Zeitung dieses bekommen hat. Er bezweifelt die Aussage des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Reck, dass dieses nichtöffentliche Protokoll nicht von der Verwaltung weitergegeben wurde.

Als **Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt,** erklärt **Herr Adamek, CDU-Fraktion,** dass es keine Verstöße gegen die Nichtöffentlichkeit gegeben hat.

Da kein Verstoß gegen die Nichtöffentlichkeit im Bauausschuss bekannt ist, kann keine Ahndung durchgeführt werden, stellt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** fest.

Es handelt sich also um Fakenews der MZ, beendet Herr S. B. seine Ausführungen.

Herr Puttkammer, Fraktion CDU, verliest die von der Bürgerin 1, Frau Seymer, schriftlich eingereichten Fragen:

- Wie kommt die Stadt ihrer Dienst-, Rechts- und Fachaufsicht über die Musikschule nach?

- Wie wird die Auswahl zur Besetzung der ausgeschriebenen Stellen, im Besonderen der Schulleiterin oder des Schulleiters, vorgenommen?

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, sagt in Vertretung des nicht anwesenden Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung, Herrn Krause, eine schriftliche Beantwortung zu.

Zum Ende des Tagesordnungspunktes nimmt Herr Kellner, CDU-Fraktion, wieder an der Sitzung teil. (41). Herr Schönemann, Fraktion Die Linke erscheint zur Sitzung (42).

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, bezieht sich auf das Ende der Testphase zum kostenlosen ÖPNV und erfragt den Stand der Auswertung und ob es Überlegungen zur weiteren Verfahrensweise gibt. Ihm ist bekannt, dass dieses Angebot von den Kindern und Jugendlichen, vor allem in den Nachmittagsstunden, gut angenommen wird.

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, erwidert in Vertretung des Beigeordneten für Gesundheit und Soziales, Herrn Krause, dass die Auswertung der Studie in Arbeit ist und im April, zusammen mit einem Vorschlag zum weiteren Verfahren, vorgestellt wird.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, geht auf den seit dem 03.11.2021 gesperrten Elberadweg, betreffend Brambach, Kornhaus, Saalberghau und den Sieben-Eichen-Weg ein, welcher ab dem 01.01.2022 wieder befahrbar sein sollte. Nach einer Rücksprache mit der Verwaltung wurde ihm mitgeteilt, dass noch umfangreiche Maßnahmen durchgeführt werden. Er bittet darum, diesbezügliche Informationen (dass die Sperrung noch besteht und wann die Sperrung aufgehoben wird), auf den verschiedenen Internetseiten zu veröffentlichen. Das ist wichtig für die Touristen und auch für die Bürger der Stadt, die den Radweg nutzen wollen.

Frau Bahn-Kunze, CDU-Fraktion, nimmt den bedauerlichen tödlichen Unfall einer Radfahrerin zum Anlass, um eine Anregung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an der Kreuzung Damaschkestraße/Südstraße in Dessau-Süd zu geben. Sie passiert als Bewohnerin von Dessau-Süd/Törten fast täglich diesen Kreuzungsbereich mit dem Fahrrad bzw. mit dem PKW und hat festgestellt, dass sich das Verkehrsaufkommen an dieser Kreuzung durch die Eröffnung des EDEKA-Marktes noch erhöht hat. Aus der Südstraße kommend muss man cm-weise nach vorn fahren, um links die Damaschkestraße einsehen zu können. Es ist unabhängig von den Eigentumsverhältnissen zwingend erforderlich, die Hecke links auf einer Länge von 2m zu entfernen bzw. so zu kürzen, dass eine Einsicht in den Straßenbereich möglich ist. Sie bittet die zuständigen Stellen, die Aufstellung eines Stopschildes an dieser Straße, die Verlegung des Containerstellplatzes und den Rückschnitt der Hecke auf 2 m zu prüfen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, bezieht sich auf den am 19.01.2022 im Haupt- und Personalausschuss angesprochenen Zustand des Wullenbachgrabens in Dessau-Mosigkau und verweist auf ein Schreiben der Stadt vom 24.01.2022 mit dem Hinweis, dass am 21.01.2022 eine stichprobenartige Gewässerbegehung stattgefunden hat, in der jedoch keine Unzulänglichkeiten festgestellt werden konnten. Er verweist auf die im letzten Amtsblatt eingestellten Bilder des Wullenbachgrabens und bittet die Vorsitzenden der Fraktionen, gemeinsam eine Ortsbesichtigung durchzuführen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, geht weiterhin auf die ab dem 16.03.2022 in Kraft tretende Regelung ein, dass die im medizinischen Bereich tätigen Personen, die nicht geimpft oder genesen sind, zuhause bleiben müssen. Das Gesundheitsamt entscheidet dann im Einzelfall, wer arbeiten gehen darf. Er stellt die Frage, nach welchen Maßstaben entschieden wird und ob im Städtischen Klinikum aufgrund dessen bereits Kündigungen vorliegen.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt, bittet Herrn Mrosek bezüglich seiner ersten Anmerkung um eine Benennung der genauen Stellen, so wie es die Kollegen bereits in dem Schreiben mitgeteilt haben. Die im Amtsblatt abgebildeten Bilder werden noch einmal angeschaut, um zu erkennen, welche Stellen gemeint sind.

Auf einer Länge von 250 m bis 300 m ist der Graben verschlammt und dort wächst Unkraut usw., entgegnet **Herr Mrosek, Fraktion AfD.**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck verweist zur Anfrage bezüglich des Beschäftigungsverbotes für das medizinische Personal auf die bestehende gesetzliche Verpflichtung und dass die Verwaltung nach den Grundsätzen und Maßstäben für Verwaltungsverfahren handeln wird. Da Einzelfallprüfungen notwendig sind, kann heute keine Pauschalantwort gegeben werden. Auch zum Thema Kündigungen können derzeit keine Aussagen getroffen werden, da diese nicht belastbar wären, weil die Frist erst zum 15.03.2022 einsetzen wird.

Herr Adamek, Fraktion CDU, informiert, dass in den letzten Monaten und Jahren einige Filialen in dem Netzwerk der Sparkasse geschlossen und die Öffnungszeiten angepasst wurden. Auch Geldautomaten werden immer mehr abgebaut, sodass ein Netzwerk an Automaten faktisch nicht mehr besteht. Es sind aber Bedarfe vorhanden, weshalb zumindest in den größeren Ortschaften Geldautomaten vorgehalten werden müssen. Ihm fehlt das Verständnis, dass jetzt gerade in der größten Ortschaft Kochstedt, abgesehen vom Stadtteil Roßlau, der einzige vorhandene Geldautomat rückgebaut wurde. Die Sparkasse wird in kommunaler Verantwortung gesehen, weshalb er den Oberbürgermeister bittet, diese Problematik in der nächsten Verwaltungsratssitzung anzusprechen, da der Unmut immer größer wird und das als kommunale Verpflichtung gesehen werden muss. Die Sparkasse könnte über die Kosten für das Aufstellen eines Geldautomaten bspw. im Haupt- und Personalausschuss informieren, damit die Rentabilität in Frage gestellt werden kann und die Stadträte das dann auch begründen können. Ansonsten sollte jeder weiterer Rückbau überdacht werden.

Abschließend dankt **Herr Adamek** im Namen von Herrn Focke, Fraktion CDU, Frau Moritz für die schnelle Funktion der Müllabfuhr-App.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legt dar, dass schon im vorigen Jahr der Kontakt zum Sparkassenvorstand aufgenommen wurde, um eine andere Sichtweise bezüglich des Schließungsprozesse zu erzeugen.

Seitens des Vorstandes ist aber eine ökonomische Begründung erfolgt, die nachvollziehbar ist. Aufgrund der bestehenden Altersstruktur bittet er darum, dass der Vorstand seine Entscheidung zum Automatenbestand noch einmal überdenkt und ein Netzwerk erzeugt, um den älteren Bürgern immer noch diese vertraute Möglichkeit der Geldentgegennahme zu ermöglich. Er bittet den Oberbürgermeister mit Nachdruck, sich diesem Thema anzunehmen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, erinnert an die Frage von Frau Perl in der Sitzung des Stadtrates am 22.09.2021 zu den Sperraufträgen für Heizung, Strom etc. und zu den Fördermitteln des Aufzugsprogrammes des Landes, wozu bisher keine Antwort eingegangen ist. Er verweist auf den § 43 KVG LSA, in dem steht, dass Anfragen von Stadträten innerhalb eines Monats beantwortet werden müssen.

Herr Kellner, Fraktion CDU, geht auf die Ortslage Mildensee ein und bemerkt, dass die seitens des Ortschaftsrates beantragten Mittel für einen Ballfangzaun nicht mehr im Haushalt enthalten sind. Er bitte darum, dass Herr Groneberg eine entsprechende Mitteilung erhält. Weiterhin verweist er auf den Zustand des Gebäudes der Kindereinrichtung. Er bitte um Aussagen zum Sachstand, da vor mehreren Jahren bereits Geld für die Planung etc. eingestellt wurde und die Bauphase irgendwann beginnen muss.

Zum Stand des Neubaus der Kindereinrichtung in Mildensee verweist **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** auf die Absicht, die Kita Mildensee gemeinsam mit dem Jugendclub zu errichten, was aus wirtschaftlichen Gründen Sinn macht, weil auch der Jugendclub in einem sehr desolaten Gebäude untergebracht ist. Dazu besteht Einvernehmen mit dem Ortschaftsrat. Das Jugendamt ist beauftragt, mit der St. Johannis, dem Träger des Jugendklubs, das Einvernehmen herzustellen. Wenn das erfolgt ist, wird der Maßnahmebeschluss eingebracht. Alternativ werden aber auch Gespräche mit dem Land zum Abriss des Forsthauses geführt. Wenn keine Abrissgenehmigung erteilt wird, ist ihr persönliches Anliegen, mit dem Land über Fördermittel für eine Sanierung zu verhandeln, da das eine Möglichkeit wäre, den Jugendklub dort unterzubringen. Ein wirtschaftlicher Vergleich mit der jetzigen Variante (gemeinsam Kita und Jugendklub) muss sich messen lassen. An den Voraussetzungen für eine Entscheidung wird zügig gearbeitet.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes 61, führt zum angesprochenen Ballfangzaun aus, dass dieser Bestandteil der ersten Haushaltsanmeldung war, aber es nicht in die Endrunde geschafft hat. Deshalb muss das im nächsten Jahr erneut versucht werden. Nach der Erklärung von **Herrn Kellner, Fraktion CDU,** dass solche Informationen an den Ortschaftsrat erfolgen müssen, erwidert **Frau Jahn,** dass Sie einer Frau vom Ortschaftsrat diese Information telefonisch mitgeteilt hat.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** kritisiert, dass diesbezüglich keine schriftliche Information an den Ortschaftsrat erfolgt ist.

Als Miteinreicher der unter dem Tagesordnungspunkt 9.8 eingeordneten und dann zurückgezogenen Beschlussvorlage erfragt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** den Grund dafür.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** bittet um Klärung der Einreicher während der Pause und weist erneut auf das Tragen des Mund-Nasen-Schutzes hin.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes verlässt Herr Kaßner die Sitzung (41).

9 Beschlussfassungen

9.1 Neubesetzung von Ausschüssen Vorlage: FV/002/2022/BÜRGER

Die Beschlussvorlage zur Neubesetzung von Ausschüssen wird zur Kenntnis genommen.

9.2 Berufung zweier vertretender Mitglieder für den Beirat für Stadtgestaltung Vorlage: BV/469/2021/III-61

Beschluss:

1. Frau Marion Münzberg wird als Vertreterin des sachkundigen Mitglieds Frau Christine Bergmann für den Verband Bildener Künstler in den Beirat für Stadtgestaltung berufen.

2. Herr Thomas Picek wird somit als Vertreter des politischen Mitglieds Dr. Gerd Möbius für die Fraktion Pro Dessau-Roßlau in den Beirat für Stadtgestaltung berufen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:01

9.3 Maßnahmebeschluss zum Antrag der Stadt Dessau-Roßlau für das neue Bundes-Programm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) Vorlage: BV/473/2021/I-SSTE

Beschluss:

1. Vorbehaltlich der Bewilligung der avisierten Projektförderung in Höhe von rund 3,66 Mio. Euro wird die Antragstellung gemäß der in Anlage 3 beigefügten Projektskizze der Stadt Dessau-Roßlau zum neuen Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ mit einem Gesamtvolumen von 4,069 Mio. Euro beschlossen.

2. Vorbehaltlich der Bewilligung der avisierten Bundesförderung in Höhe von rund 3,66 Mio. Euro wird bestätigt, dass die Stadt den erforderlichen Eigenanteil für die Haushaltsjahre 2023 - 2025 in Höhe von insgesamt 335.650,00 Euro gemäß des nachfolgenden Finanzplanes bereitstellt.

3. Für das Haushaltsjahr 2022 erfolgt die Bereitstellung des Eigenanteils im Bewilligungsfall über eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 71.250,00 Euro und für die Folgejahre 2023-2025 werden die erforderlichen Ansätze in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

9.4 Bebauungsplan Nr. 103 A – Gewerbe- und Sondergebiet Dessau-Mildensee / Aufstellungsbeschluss Vorlage: BV/461/2021/III-61

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** verweist zunächst auf die seitens des Einreichers an alle Stadträte per E-Mail versandten Änderungen. Auf Nachfrage des Stadtratsvorsitzenden, bestätigen die Stadträte, dass ihnen diese Änderungen bekannt sind. Die Diskussion wird über die vom Einreicher geänderte Fassung geführt.

Herr Frank Frisch gibt die Ablehnung der **Fraktion AfD** zur Beschlussvorlage bekannt. Begründend legt er dar, dass jeder Unternehmer bzw. jeder Anbieter jeglichen Sortiments selbst entscheiden sollte, wo er dem Kunden was anbietet. Ein weiterer Faktor ist das kostenlose Parken.

Die Verwaltung, Teile der Politik und Interessensverbände sind ständig bestrebt, den Individualverkehr aus dem Innenstadtbereich zu verdrängen, siehe Stadteingang Ost und Stadteingang Nord, was nicht funktioniert. Würde die Verwaltung eine Verkehrszählung durchführen, könnte sie selbst erkennen, dass ein großer Teil der Konsumenten nicht aus Dessau, sondern aus dem Umfeld Wörlitzer Winkel, Kleutsch und Sollnitz kommen mit einer Anfahrtstrecke von zusätzlich dann 12 km in den Innenstadtbereich, was ökonomisch und ökologisch fragwürdig ist. Radfahrer aus dem Wörlitzer Winkel oder Kleutsch und Sollnitz, die zum Einkaufen nach Dessau fahren, werden sich spätestens beim Rückweg auf der Brücke Vockerode bzw. auf der Kleutscher Brücke fragen, wem sie das zu verdanken haben.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, bemerkt, dass die Fraktion nicht einheitlicher Meinung ist. Die zugereichte Änderung zum Bestandsschutz, dass die vorhandene Fläche weiterhin vom Betreiber genutzt werden kann, hat die notwendige Öffnung gebracht. An Herrn Frisch gewandt führt er aus, dass der Stadtrat in der Vergangenheit etliche Festlegungen im Rahmen von Konzepten (Innenstadtkonzept, Zentren- und Handelskonzept) gefasst hat. Die Verwaltung legt das vor, was die bisherigen Stadträte an Festlegungen getroffen haben. Die vorgelegten Ergänzungen sind zur Beratung des Aufstellungsbeschlusses geeignet.

Die Zielstellung ist klar und verständlich, führt **Herr Adamek, Fraktion CDU,** aus. Das Thema des Aufstellungsbeschlusses ist pro Innenstadt. Gegen die Stärkung der Innenstadt spricht sich wohl auch keiner aus. Allerdings ist die Vorgehensweise etwas schwierig. Worauf der Aufstellungsbeschluss beruht, wurde im INSEC 2019 beschlossen. Der Stadtrat hat sich für die zentrenrelevante Sortimente im Zentrum ausgesprochen. Die ortsansässigen Unternehmen können erst jetzt in der Phase des Aufstellungsbeschlusses gehört werden. Dieser Prozess wird beobachtet und begleitet. Er hofft, dass die Stadt bezüglich möglicher Neuvermietungen die Eigentümer vor Ort unterstützt, um eine entsprechende Auslastung zu gewährleisten.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, geht auf die bestehenden Grundsatzdokumente ein und merkt an, dass die Stadt fremdbestimmt wird, wenn die Steuerungselemente nicht rechtzeitig auf den richtigen Weg gebracht werden. Insofern ist das Begonnene der richtige Weg. Die prozessorientierte Abarbeitung dieses Vorganges setzt voraus, dass mit den Bedenkenträgern das Gespräch geführt wird. Die Fraktion unterstützt diesen Antrag und wird ihn konstruktiv begleiten.

Herr Fricke, Fraktion SPD, legt dar, dass er dieses Thema nicht unkritisch sieht. Die Stärkung der Innenstadt ist kein Thema. Dass die vorliegende B-Planänderung prinzipiell ein geeignetes Mittel ist, sich einer solchen Stärkung zu nähern, ist auch nicht zu bestreiten. Die Eigentümer haben im November der Stadt gegenüber kundgetan, dass sie das Zentrum aufwerten wollen und haben den Abschluss neuer Mietverträge angekündigt. Bisher ist mit diesen aber nicht gesprochen worden, was am Ende vielleicht nicht so schlimm ist, weil das, was jetzt dort ansässig ist, durch einen Bestandsschutz abgedeckt ist. Kritisch sieht er die Berichterstattung, dass der Mediamarkt beabsichtigt, in die Innenstadt zu ziehen.

Es stellt sich die Frage, was dann mittelfristig mit der Kauflandfiliale passiert. Die zuständige Mitarbeiterin hat der Fraktion berichtet, dass sie dann mittelfristig auch zur Disposition steht, was das Ende des Einkaufszentrums bedeuten würde. Deshalb muss sich darum gekümmert werden. Die SPD-Fraktion wird mit diesen kritischen Anmerkungen der Vorlage zustimmen.

Es gibt einen Eigentümer, der sich um ein attraktives Leben in seinem Center kümmert und Investoren akquiriert, merkt **Herr Kellner, Fraktion CDU,** an. Es stellt sich auch die Frage nach dem Umgang mit dem Ortschaftsrat, da diesbezügliche Informationen an diesen sehr rar waren und weder im öffentlichen Teil, noch im nichtöffentlichen Teil, Gespräche stattgefunden haben. Auf konkrete Fragen des Ortsbürgermeisters von Mildensee wurde wissentlich die Unwahrheit gesagt. Der Umgang mit den Ortschaftsräten in Gänze ist verbesserungswürdig. Sich auf das innenstadtrelevante Konzept beziehend, glaubt er nicht, dass die zwei Fahrradläden in der Innenstadt davon begeistert wären, wenn jetzt noch ein nächster Laden eröffnet, was aber seine persönliche Meinung ist.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, geht auf die ablehnende Entscheidung des Ortschaftsrates Mildensee ein, was akzeptiert werden sollte, da immer Wert auf die Einbeziehung der Ortschaftsräte vor Entscheidungen im Stadtrat gelegt wird. Zu der Aussage von Herrn Schönemann, das Gespräch mit den Bedenkenträgern zu führen, merkt er an, dass mit diesen vor einer Beschlussfassung gesprochen werden muss und nicht danach. Weiterhin wird dieser Beschluss als Eingriff in die freie Wirtschaft gesehen. Ein Investor hat hier einmal einige Millionen investiert. Wenn jetzt vorgeschrieben wird, was angesiedelt werden kann und was nicht, um die Innenstadt zu stärken, wofür sich auch seine Fraktion ausspricht, besteht trotzdem das Kauflandzentrum mit all seinen Filialen und Einrichtungen. Dem Centermanagement sollte überlassen werden, wen sie ansiedeln. Das sollte nicht seitens der Stadt vorgeschrieben werden.

Auf die Beteiligung des Stadtrates, der entsprechenden Entscheidungsträger, der Eigentümer und dergleichen verweist **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.** Werden diese Dinge heute nicht auf den Weg gebracht, entstehen erhebliche Nachteile. Der Markt regelt nicht alles, weshalb es bestimmter Steuerungselemente nach vernünftigen Kriterien, wie ökonomisch vertretbar, sozial verträglich und ökologisch nachhaltig, bedarf. Unter diesen Aspekten sowie der Attraktivität der Innenstadt, muss eine Stadtentwicklung betrachtet werden.

Herr Gebhardt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau und Ortsbürgermeister von Kleutsch, unterbreitet den Vorschlag, dass sich die Stadtverwaltung mit dem Centermanager zusammensetzt, ein Konzept erarbeitet und dem Stadtrat dann ein Ergebnis vorlegt.

Beschluss:
1. Die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Änderungsbebauungsplanes Nr. 103 A gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch für das im Übersichtsplan (Anlage 2) dargestellte Gebiet wird beschlossen.

2. Die Begründung lt. Anlage 1 wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis: 17:12:12

9.5 Architekturpreis der Bauhausstadt Dessau – Änderung der Satzung, Auslobung
Vorlage: BV/479/2021/III-61

Beschluss:
1. Die 2. Änderung der Satzung über den Architekturpreis der Bauhausstadt Dessau wird gemäß Anlage 2 beschlossen.

2. Die Auslobung des Architekturpreises der Bauhausstadt Dessau erfolgt gemäß der geänderten Satzung.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

Im Anschluss wird in der Zeit von 16:15 Uhr bis 16:32 Uhr eine Lüftungspause durchgeführt.

Während der Pause verlässt Herr Präger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, die Sitzung (40).

9.6 Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für den Planungszeitraum 2022/2023 bis 2026/2027
Vorlage: BV/344/2021/V-40

Beschluss:
Die Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für den Planungszeitraum 2022/2023 bis 2026/2027 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:02:00

**9.7 Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zum künftigen Standort der Schule für Geistigbehinderte (Regenbogenschule)
Vorlage: BV/387/2021/V-40**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, informiert über die bisher zur Beschlussvorlage eingereichten Änderungen, die den Stadträten im Vorfeld der Sitzung mitgeteilt und vom Einreicher übernommen wurden:

- Änderung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales: Der **Standort Mitschurinstraße wird nicht geprüft**.

- Änderung des Ausschusses für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt: Die **Standorte Bernburger Straße, Chaponstraße und Wolfframsdorffstraße werden als untersuchungswürdig festgelegt.**

Frau Müller, Fraktion CDU, spricht ihre Verwunderung über die im Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales getroffene Änderung. Sie ist davon ausgegangen, dass die Machbarkeitsstudie, wie in der ursprünglichen Beschlussvorlage dargestellt, auch die Sekundarschule „An der Biethe“ enthält. Sie kann nicht verstehen, dass eine gut funktionierende Schule schon aus der Machbarkeitsstudie herausgenommen wird und bittet darum, den Grund dafür zu nennen.

Frau Müller, Fraktion CDU, stellt den **Antrag**, den Standort Mitschurinstraße wieder mit in die Machbarkeitsstudie aufzunehmen.

Herr Tschammer, Fraktion SPD, erklärt seine **Befangenheit.** Er nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, spricht sich für die Aufnahme der Mitschurinstraße, also für alle vier Varianten, in die Machbarkeitsstudie aus.

Der **Änderungsantrag zur Aufnahme der Mitschurinstraße in die Machbarkeitsstudie** wird **abgelehnt** (17:19:03).

Beschluss:
Die wirtschaftliche Untersuchung eines neuen Standortes für die Schule für Geistigbehinderte (Regenbogenschule) bis zum 31. August 2022 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 25:02:12

Herr Tschammer hat aufgrund seiner erklärten Befangenheit an keiner Abstimmung teilgenommen.

9.8 Grundsatzbeschluss Zusammenführung der Stadtverwaltung in der Dessauer Innenstadt
Vorlage: FV/018/2021/StR

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

Der öffentliche Teil wird beendet und **Nichtöffentlichkeit hergestellt.**

12 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird um 18:06 Uhr durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Rumpf,** geschlossen.

Dessau-Roßlau, 10.03.22

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer